

Ursula Dunckern

# Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter

**VORLAGE FÜR PREMIER SINGH ■ Wie in Westbengalen der Nuklearvertrag mit den USA gerettet wurde**

In der seit Monaten gespannten Beziehung zwischen Premier Manmohan Singh und seinen widerspenstigen kommunistischen Alliierten hat sich ein »Gleichgewicht des Schreckens« eingestellt. Nun heißt es: Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter. Bringt Singh den in der Schwebe hängenden Atomvertrag mit den USA zum Abschluss, könnten die Kommunisten durch Entzug ihrer Tolerierung die Regierung zu Fall bringen. Die dann fälligen Neuwahlen dürften jedoch zu ihrem Waterloo werden, weil der Premier in diesem Fall von seiner »Vergeltungswaffe« Gebrauch machen und die Devise lauten würde – »N« gegen »N« – Nuklearvertrag gegen Nandigram.

## Roter Terror

Nandigram ist ein Agrarbezirk im Südwesten der Millionenstadt Kalkutta. Unter dessen armer, überwiegend muslimischer Bevölkerung – bis vor kurzem noch zufriedene Wähler der in Westbengalen regierenden Kommunisten – brennt der helle Zorn über den »roten Terror«. Vor Monatsfrist fegte eine Armada aus Tausenden Parteikadern auf nagelneuen Lastwagen über die Dörfer. Ausgerüstet mit dem Sturmgewehr AK 47 attackierten sie jeden, der Widerstand leistete, brannten Häuser nieder und fackelten Felder ab.

Was an Horrormomenten aus antikommunistischen Propagandafilmen erinnerte, war in Nandigram bittere Realität. Ausgelöst durch den Ministerpräsidenten Buddhadeb Bhattacharjee, der gezielt die Polizei fernhielt, bis die »Arbeit« erledigt war, und sein Vorgehen gegen einen nationalen Aufseher der Empörung verteidigte. Die Partei habe es den Bauern mit gleicher Münze heimgezahlt – ein Satz, mit dem er vermutlich sein politisches Todesurteil unterschrieben hat.

Alles begann im Mai 2006. Damals errang die CPI(M) unter »Buddha«, wie der charismatische Bhattacharjee genannt wird, einen triumphalen Wahlsieg. Kurz darauf feierte man das 30-jährige Jubiläum des Regierungsmandats der Kommunisten in Westbengalen. Ein Nachrichtenmagazin wählte »Buddha« zum besten Regierungschef eines indischen Bundesstaates. Er schien es zu verdienen, verwandelte er doch die unterentwickelte Agrarregion an der Grenze zu Bangladesch in ein boomendes Wirtschaftszentrum – dies freilich mit viel Manipulation und Muskelkraft. Es war allgemein bekannt, dass die ländlichen Regionen von inoffiziellen Parallelregierungen der Partei in eisernem Griff gehalten wurden. Trotzdem glaubten die meisten, die CPI(M) habe das Herz auf dem rechten Fleck und schütze Arme und Minderheiten. Sie übersahen, dass die arme Mus-

limbevölkerung von Aufschwung und Bildung weitgehend ausgeschlossen blieb.

Orthodoxe Kommunisten werfen »Buddha« vor, überaus dollarfremdlich zu sein und als Befürworter liberaler Reformen offensiv um US-Investoren zu werben. US-Unternehmer gehen bei Bhattacharjee ein und aus, mitten in der Nandigram-Krise nahm er sich Zeit, Henry Kissinger zu empfangen.

Nach seinem Wahlsieg vom Mai 2006 hatte der Regierungschef die Nandigram-Region zur »Wirtschaftlichen Sonderzone« erklärt und einer indonesischen Firmengruppe angeboten, einen Chemiekomplex zu errichten. Dafür sollten 60 Quadratkilometer fruchtbares Ackerland samt 30 Dörfern geräumt werden. Die Bevölkerung wehrte sich. Am 14. März 2007 setzten 2.000 Bauern den 3.000 Polizisten, die zur Räumung anrückten, verbissenen Widerstand entgegen – 40 Menschen kamen ums Leben. Die Presse überschlug sich, der Gouverneur schritt ein, sogar die Partner in der *Linken Front* Westbengalens protestierten. Die Regierung musste den Beginn der Bauarbeiten zurückstellen und gab im September bekannt, sie habe für das Projekt nun ein anderes, dünn besiedeltes Gebiet gefunden – Anfang November jedoch ließ sie Nandigram blutig »zurückerobern«.

Seither schlägt die Entrüstung über die westbengalische CPI(M) in ganz Indien hohe Wellen. Am 21. November paralyisierten die heißen Debatten über den »roten Terror« beide Häuser des Nationalparlaments. Genau zu diesem Zeitpunkt – am Nachmittag des 21. November – verschlug ein anderes Ereignis in Westbengalen Indien den Atem.

## Verschleiert ins Flugzeug

Wütende junge Muslime waren ins Zentrum von Kalkutta gestürmt, errichteten Straßensperren und legten fast den gesamten Innenstadtverkehr lahm. Tausende brannten Fahrzeuge ab, warfen Schaufenster Scheiben ein, schleuderten Pflastersteine und skandierten Slogans. Eine völlig überraschte Polizei rief die *Rapid Action Force*, doch selbst den trainierten Spezialeinheiten gelang es nicht, den wütenden Mob zu zügeln. Tränengas und Wasserwerfer heizten die Situation nur weiter an. Schließlich rief die Regierung die Armee zu Hilfe. Als die mit Infanterieeinheiten aufmarschierte, trat die tobende Meute den Rückzug an – es folgte eine Ausgangssperre.

Es hatte sich nicht etwa Protest wegen Nandigram entladen, der Zorn der Massen galt – man höre und staune – der Schriftstellerin Taslima Nasreen. Vor mehr als zehn Jahren vor Todesdrohungen und gewalttätigen Extremisten aus ihrer Heimat Bangladesch geflohen, lebte die islamkritische Autorin seit

2004 nahezu unangefochten in Kalkutta. Zwar forderten kleine radikale Zirkel gelegentlich das Verbot ihrer Bücher, zwar wurde sie vor einem Jahr während des Meetings einer Muslimepartei mit Blumenbouquets beworfen – aber um ihr Leben hatte Taslima Nasreen in Indien bisher nie fürchten müssen. Nun schien das plötzlich anders zu sein – die Polizei nahm die überraschte Autorin in Sicherheitsgewahrsam und setzte sie verschleiert ins nächste Flugzeug nach Rajastan. Der Beginn einer überall im Land mit Spannung verfolgten Odyssee, die noch lange nicht zu Ende scheint. »Wie eine heiße Kartoffel«, sagt Nasreen, wurde sie nach Delhi abgeschoben.

Niemand will muslimische Wähler verärgern, so dass die Zentralregierung gar eine Ausweisung erwog, sich dann aber angesichts heftiger Kritik von liberaler Seite dazu durchringen konnte, der ungeliebten Autorin Schutz und Bleiberecht zu garantieren. Nach Kalkutta aber darf sie bis heute nicht zurück.

Der Faden, an dem der gewalttätige Mob so pünktlich auf die Szene gezogen wurde, lässt sich zurückverfolgen: Ein Artikel in einer CPI(M)-nahen Zeitschrift rief im September Nasreens islamkritische Äußerungen ins Gedächtnis, Aufrufe einiger Kleriker fachten das Feuer an – am 21. November, während der genehmigten Demonstration einer »obskuren, aber harmlosen muslimischen Gruppe«, wie es später hieß, wurden in einer perfekten Blitzaktion Tausende von aufgebracht Jugendlichen aus den armen Muslimvierteln zusammengetrommelt – die CPI(M) hatte wegen Nandigram ein Ablenkungsmanöver von gefährlicher Sprengkraft inszeniert.

## Atomgespräche in Wien

Am jenem 21. November fand – im Schatten des »roten Terrors« und der Odyssee von Taslima Nasreen – noch ein weiteres bemerkenswertes Ereignis statt. In Wien saßen sich Anil Kakodkar, Leiter der Indischen Atomenergiekommission, und Mohamed el Baradei, Generaldirektor der IAEA, in einer Verhandlungsrunde um das nationale Sicherheitsregime für importierte Atomanlagen gegenüber. Mit der dabei zustande gekommenen Einigung zwischen Indien und der IAEA wurde eine der letzten Vorbedingungen erfüllt, um den Atomvertrag mit den USA doch noch in Kraft setzen zu können. Bis dahin hatte die Regierung von Manmohan Singh die Wiener Gespräche aufgeschoben – alles andere hätte ihr die Kündigung des kommunistischen Juniorpartners beschert. Nun fanden sie mit dessen ausdrücklicher »Genehmigung« statt.

Eine verblüffende Wende. Es gibt Vermutungen über folgenden Deal: die Kommunisten tolerieren den nächsten Schritt zum Nuklearvertrag, Premier Singh ignoriert Nandigram. Auch heißt es, die Führer der bengalischen CPI(M) hätten das nationale Parteizentrum gezwungen, den Nuklearverhandlungen die lange Leine zu geben, um vorgezogene Wahlen zu vermeiden, bis die Nandigram-Wunden verheilt seien.

Haben die Ereignisse in Westbengalen den Atomvertrag zwischen Indien und den USA wieder aufs Gleis gestellt? Die Wiener Gespräche waren die letzte von Delhi zu erbringende Vorleistung. Nun liegt alles bei den Amerikanern, bis das Vertragswerk im März zur Unterschrift in Delhi präsentiert werden könnte. Die Drohgebärden, mit denen die Linksparteien derzeit wieder auftreten, richten nichts mehr aus und dienen nur noch ihrem Alibi. ■

Indiens Premier Manmohan Singh spricht gern von einer »strategischen Zusammenarbeit« mit den USA. Er hat nichts dagegen, wenn sein Land als »regionales Gegengewicht« zu China und der Nuklearvertrag mit den USA als Vehikel gilt, einem solchen Part gerecht zu werden. Ein Jahr lag dieses Abkommen auf Eis. Singh hätte mit einer Unterschrift seinen Sturz riskiert. Ende 2007 jedoch ist vieles anders – der Vertrag könnte bald das Unterhaus in Delhi passieren und vom Agreement zwischen einer etablierten und einer aufsteigenden Atommacht künden.



Wolfgang Kötter

# Nuklearer Rittersch

**AUFSTIEG ■ Ein Vertrag mit den USA soll Indien in die Erstliga der At**

Alles begann zunächst mit einem Paukenschlag: Am 2. April 1954 appellierte Indiens Premierminister Jawaharlal Nehru an die Atomwaffenstaaten, alle Nuklearversuche einzustellen. Als einer der Wortführer der sich gerade formierenden Blockfreien-Bewegung sprach er von einer allgemein wachsenden Besorgnis über die gesundheitsschädigenden Folgen der seinerzeit allein überirdischen Kernwaffentests. Nehru trug in den folgenden Jahren nicht wenig dazu bei, dass es 1963 zum Teilstoppvertrag kam, mit dem Versuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser fortan verboten blieben. Gegenüber der Ächtung unterirdischer Tests verhielt sich sein Land hingegen reserviert. Man verhandelte zwar auf der Genfer Abrüstungskonferenz, um dann aber wegen der Blockadehaltung der etablierten Atommächte in letzter Minute auszustiegen.

Bis heute hat sich an dieser Position nichts Wesentliches geändert. Obwohl inzwischen 137 Staaten den Teststopp-Vertrag unterzeichnet haben, weisen Indien wie auch sein Atomrival Pakistan das Abkommen nach wie vor als diskriminierend zurück. Mit dem gleichen Argument waren beide Staaten 1970 auch zum Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag auf Distanz gegangen. Begründung: Damit werde eine Zweiklassengesellschaft von Atomwaffenbesitzern und nuklearen Habenichtsen festgeschrieben.

Auf Wunsch von Staatsgründer Nehru war bereits 1948 für Indien eine Nationale Atomenergiekommission (IAEC) gegründet worden, die sich einer friedlichen Nutzung der Kernenergie widmen sollte, auch wenn man es sich ausdrücklich vorbehielt, »diese Energie – wenn erforderlich – auch anders« zu verwenden. Mit Hilfe von Kanada, der UdSSR und den USA wurden erste Atomreaktoren gebaut, Uranbergwerke betrieben sowie beachtliche Mengen an Plutonium aufbereitet. Trotz aller Assistenz aus dem Ausland galt das Prinzip Autarkie – Indien wollte den vollständigen nuklearen Brennstoffkreislauf aus eigener Kraft beherrschen.

Das eigentliche Atomwaffenprogramm startete 1962 nach dem verlorenen Grenzkrieg mit China. Am 18. Mai 1974 gelang es erstmals erfolgreich, einen nuklearen Sprengsatz zu zünden. Hatte Delhi sich noch bemüht gefühlt, diese erste Nuklearexplosion mit dem Euphemismus »friedlich« zu versehen, deklarierte es derartige Tests alsbald offen als Kernwaffenversuche, worauf Pakistan umgehend mit einer eigenen Testserie reagierte. Der nukleare Rüstungswetlauf in Südasien gewann an Tempo und Schärfe. Delhi und Is-

**Indien ist dazu auserkoren, den wachsenden Einfluss Chinas auch atomar zu kompensieren**

## Atomdeal USA – Indien

### Nukleare Vorsorge

**Juli 2005**

Beide Staaten beschließen eine zivile Atomkooperation und fassen ein Abkommen ins Auge, dass es Indien erlauben würde, sich für die nächsten 40 Jahre mit nuklearen Brennstoffen zu versorgen, ohne den Kernwaffensperrvertrag unterzeichnen zu müssen. Weiterhin wäre es Delhi gestattet, einen strategischen Vorrat an Brennstoffen anzulegen, diese aus den USA zu beziehen und in einer speziellen Wiederaufbereitungsanlage verarbeiten zu können. Bedingung ist – das Verfahren muss durch Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) in Wien beaufsichtigt werden.

### Premier Singh hofft

**November 2005**

Führende Politiker der regierenden Kongresspartei – nicht zuletzt Premier Singh – geben zu verstehen, dass der Nuklearvertrag mit den USA ihrem Land die seit langem erhoffte offizielle Anerkennung als Atommacht verschaffen soll. Aber es steht fest, dass der beabsichtigte Nukleartransfer aus den USA

nur dann möglich sein wird, wenn der US-Kongress ein darauf bezogenes, 30 Jahre altes Handelsverbot aufhebt.

### Sekretär Burns blockt ab

**Dezember 2005**

Unterstaatssekretär Nicolas Burns, der die Verhandlungen mit Delhi für die US-Seite bis dahin geführt hat, sagt vor dem US-Kongress, eine offizielle Anerkennung Indiens als Atommacht komme nicht in Frage. Vage bietet er an, diesen Status inoffiziell einzuräumen, womit es Indien jedoch nicht erlaubt sei, selbstständig zu entscheiden, welche seiner Atomanlagen als zivil deklariert und damit IAEA-Inspektionen zugänglich sein werden.

### Gefolgschaft in der IAEA

**Januar/Februar 2006**

Die USA verlangen in der Person ihres Indien-Botschafters David Mulford von der Regierung Singh Beistand im Atomstreit mit Teheran: Indien soll am 2. Februar bei der entscheidenden Sitzung der IAEA in Wien dafür votieren, dass der Fall Iran an den UN-Sicherheitsrat verwiesen wird – andernfalls wäre der US-Kongress kaum bereit, den Atomdeal zu verabschieden. Indien übt sich in Wohlverhalten, der Vertrag erhält das Plazet

der US-Legislative – doch verliert Premier Singh im indischen Unterhaus die nötige Unterstützung für eine Ratifizierung des Vertrages. Das Abkommen ist für Monate suspendiert.

### Veto der Kommunisten

**Juli/August 2007**

Premier Manmohan Singh setzt sich noch einmal nachdrücklich für den Vertrag ein und verbindet sogar sein politisches Schicksal mit einem erfolgreichen Abschluss. Doch den Widerstand der 59 Abgeordneten der *Left Front*, auf deren Stimmen die Regierung angewiesen ist, vermag er nicht zu brechen.

### Konsens in Wien

**November 2007**

Bei Gesprächen zwischen der IAEA und Indien in Wien gibt es einen Konsens über Sicherheitsstandards und die Kontrolle importierter Atomanlagen, etwa aus den USA. Die indische Seite hat damit die letzte Vorbedingung für den nun doch möglichen Abschluss des Nuklearvertrages mit den USA erbracht, nachdem die von den Kommunisten geführte *Left Front* signalisiert hat, ihre Blockade aufzugeben. ■

## Das indische Unterhaus seit 2004

### Parteienallianzen / Parteien

Parteienallianzen / Parteien	Mandate
United Progressive Alliance (UPA)	216
<i>Regierungskoalition mit</i>	
Indian National Congress (INC)	146
National Congress Party (NCP)	10
Rashtriya Lok Dal (RLD)	23
Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)	16
Sieben weitere Parteien	21
Left Front (LF)	59
<i>unterstützt die Regierung von außen</i>	
Communist Party of India (Marxist/CPI-M)	43
Communist Party of India (CPI)	10
All India Forward Bloc (AIFB)	3
Revolutionary Socialist Party (RSP)	3
National Democratic Alliance (NDA)	170
<i>Opposition</i>	
Bharatiya Janata Party (BJP – Regierungspartei b. 2004)	130
Shiv Sena (SS)	12
Biju Janata Dal (BJD)	11
vier weitere Parteien	17
<i>Blockfreie Parteien</i>	
Bahujan Samal Party (BSP)	18
13 Parteien mit wechselndem Abstimmungsverhalten	92

## Die Lok Sabha

Dem Unterhaus des indischen Parlaments gehören derzeit 545 Abgeordnete an, die 37 Parteien vertreten. Davon sind jedoch nur sechs Formationen gesamtstaatliche Parteien – alle anderen sind Regionalparteien und werden bei einer Parlamentswahl auch nur in einem Staat oder mehreren der 28 Staaten und sieben Unionsgebiete des indischen Zentralstaates gewählt.



# lag

ommächte befördern

lamabad rangen sich zwar zu einem »Heißen Draht« durch, um einen durch Zufälle oder Pannen ausgelösten Atomkrieg zu vermeiden, doch blieb man sich bis heute in erbitterter Feindschaft verbunden.

Wer von beiden Mächten zum präventiven Erstschlag ausholt, der weiß – die Vorwarnzeit ist mit drei Minuten extrem kurz. Da die Arsenale bisher noch begrenzt sind, besitzen weder Indien noch Pakistan eine gesicherte Zweitschlagskapazität. Im Konfliktfall muss also in kürzester Zeit entschieden werden, die Atomraketen zu starten oder möglicherweise zu verlieren, noch bevor sie vom Boden abgehoben haben. Kein Horrorszenario, immerhin haben beide Staaten seit der Unabhängigkeit von 1947 bereits drei Kriege gegeneinander geführt.

Während der Kämpfe im Kargil-Gebiet (Region Kaschmir) vor acht Jahren konnten auf pakistanischer Seite nur mit knapper Not die Startvorbereitungen zu einem nuklearen Raketeneinsatz gestoppt und desaströse Folgen verhindert werden. William Arkin und Robert Norris vom renommierten *Bulletin of the Atomic Scientists* merkten dazu an: »Bombay, Calcutta und Delhi haben Einwohnerzahlen von zwölf, elf beziehungsweise acht Millionen Menschen – Karatschi, Lahore und Rawalpindi acht, fünf beziehungsweise zwei Millionen... Eine Bombe, die auf eine große indische oder pakistanische Stadt abgeworfen wird, sorgt für ein millionenfaches Sterben.«

Jahrelang wurde Indien geschmäht, weil es den Atomwaffensperrvertrag und auch das nukleare Testverbot ignoriert hat – bald jedoch könnte es mit diesem Paria-Status vorbei sein, wenn das mit den USA ausgehandelte Nuklearabkommen, das de facto den indischen Kernwaffenstatus akzeptiert, für den Ritterschlag sorgt. Trotz aller Kritik und der von den etablierten Atommächten verhängten Handelsbeschränkungen für den nuklearen Technologietransfer hält die Bush-Administration an diesem Vertrag fest.

Unschwer lässt sich erraten weshalb – Indien ist dazu auserkoren, den wachsenden Einfluss Chinas auch atomar zu kompensieren. Das Regime der nuklearen Nichtverbreitung nimmt ein weiteres Mal schweren, vielleicht irreversiblen Schaden. Es wird einfach ignoriert, wie sehr es gerade diesem Vertragssystem zu danken ist, dass es heute erst neun und nicht wie einst befürchtet 20 oder 30 Atomstaaten gibt. Dies könnte sich bald ändern. Viele Staaten scheinen aus den Konflikten seit 1990/91 – man denke an den Balkan, an Afghanistan, den Irak oder Sudan – die Erkenntnis zu ziehen: Im Ernstfall schützen weder das Völkerrecht noch politische Versprechen vor einem Angriff. Nur wer selbst über die ultimative Waffe verfügt, besitzt die harte Währung der Weltpolitik, mit der man sich den eigenen Schutz erkaufen kann. Für Indien gibt es daran längst keinen Zweifel mehr. ■

Luc Jochimsen

## Wie der Ausbruch eines Vulkans

NOTIZEN AUS KALKUTTA UND DELHI ■ Und plötzlich war Krieg

**S**chrei Kalkutta! So titelten am 22. November große Blätter wie *The Times of India* und *The Telegraph* und druckten Sonderausgaben über Ausnahmezustand, Armeeeinsatz, Ausgangssperre... »It's a battlefield out here.«

Wir waren am 21. November morgens aus Delhi angekommen. Die Fahrt vom Flughafen zum edlen Hotel *Obero* mitten in der Innenstadt zog sich hin. Unser Bus wurde von einer Polizeieskorte durch das übliche Verkehrschaos gelotst. Da tobte der Straßenkampf schon vier Stunden, ohne dass uns etwas auffiel. Wir hatten einen überaus freundlichen Polizisten in Zivil im Bus. Es gäbe Demonstrationen, die würden uns zu Umwegen zwingen. »Das Übliche«, sagte er, »jeden Tag wird in Kalkutta demonstriert, für und gegen alles Mögliche.«

Im Hotel lief der Fernseher und die Bilder, die zu sehen waren, kontrastierten mit dem kostbaren Mobiliar, der Stille des Palmen-Innenhofs, dem sanften Grün des Pools so sehr, dass ich meinen Augen nicht traute. Brennende Autos, verwüstete Läden, eine immer größer werdende Menge von jungen Männern, die mit Steinen gegen zurückweichende Polizisten losgingen. – »Wo spielt sich das bloß ab?« fragte ich den Portier, der meinen Koffer brachte. »Fast um die Ecke von hier«, antwortete er lächelnd, »ein paar Straßenzüge weiter. Es geht um Nandigram.«

So geriet ich also in einen Stadt-Aufstand – ziemlich unwissend, wenn auch nicht ganz uninformatiert. Denn Nandigram war mir vorher schon ein Begriff. Nandigram war gewissermaßen in aller Munde in Delhi. Dort hatten mich Künstler auf die »Schande« aufmerksam gemacht, die Menschenrechtsverletzungen, zu denen es Anfang November gekommen war. Diese Künstler gehörten zu den Mitunterzeichnern einer Protest-Resolution, die von den »Regierenden« forderte, die Leute nicht länger zu vertreiben und zu terrorisieren. Mit den »Regierenden« war die kommunistische Regierung von West-Bengalen gemeint, aber auch die in Delhi. Und die hatte reagiert. Premierminister Singh erklärte in einer aufsehenerregenden Rede am 20. November, dass er volles Verständnis für den Protest der Künstler und Intellektuellen habe. Der Staat habe die Pflicht, »alle seine Bürger zu schützen.«

Das war schon starker Tobak. Jeder in und außerhalb Kalkuttas wusste, dass die dort seit 30 Jahren herrschende kommunistische Partei ihre Anhänger mit paramilitärischen Milizen schützt und jeden, der sich ihr in den Weg stellt – und das waren in diesem Fall kleine Leute, keine Kapitalistenknechte –, bedroht und verfolgt, bis auf Hab und Gut und Leben und Tod.

Frage an den Maler Shuvaprasanna am 21. November in seinem Haus in Kalkutta: »Sie

gehören doch zu den Künstlern, die immer die Kommunisten in West-Bengalen unterstützt haben, warum protestieren Sie jetzt?« – »30 Jahre an der Macht haben die Partei verändert. Sie ist ein Apparat geworden, der nichts mehr duldet, außer sich selbst. Sicher braucht Kalkutta Wachstum, aber doch nicht auf Kosten der Landbevölkerung, die gerade durch eine jahrzehntelange kluge Politik genau dieser Partei zu einigem Wohlstand gekommen ist und jetzt ihr Leben verteidigt. Menschenrechte missachten, das ist die Linie, die nicht überschritten werden darf. Von keiner Partei – von einer kommunistischen schon gar nicht. Indien ist eine Demokratie!«

Die Nacht des 21. November war ruhig in Kalkutta, die meisten Straßen menschenleer. Polizeisperrn regelten den Bezirk des Aufbruchs ab. Unser Programm ging weiter wie vorgesehen. Beim Oberbürgermeister fragten wir nach dem Schicksal von Taslima Nasreen. Ja, sie habe Kalkutta verlassen. Ja, dies sei ein Bruch mit der liberalen, toleranten Politik der Stadt. Es könne auch bisher niemand sagen, wie es zu diesem explosiven »Protest-Gemisch« kam: Wut über Mord und Totschlag in Nandigram, noch größere Wut gegen die Schriftstellerin, die angeblich Muslime beleidigt habe. Der Oberbürgermeister wirkte ratlos – wie die Minister, die im Fernsehen zu Wort kamen. Eine Konsequenz zogen sie allerdings alle: die Ordnung muss wiederhergestellt werden – und zwar eine Ordnung nach dem Geboten Gandhis: tolerant, respektvoll dem anderen gegenüber, gewaltlos und demokratisch. Ständig zitiertes Zitat »Indien ist eine Demokratie!«

Am 22. November hatten wir noch einen Termin bei einem erst kürzlich gegründeten Nachrichtenkanal. Auf allen Monitoren waren die Bilder vom Vortag zu sehen – stundenlange Wiederholungsschleifen. Der Chefredakteur meinte: »Unsere Welt gerät manchmal aus den Fugen. Es ist wie ein Vulkanausbruch. Dann richtet sich alles wieder ein... bis zum nächsten Mal.« Er sprach von immer brisanteren Konflikten zwischen Hindus und Muslimen und davon, dass Gandhis übergroßes Vorbild aus dem Gedächtnis schwindet. »Ob dann unsere Demokratie hält, ist die große Frage.«

### Gandhi hatte nur Worte

Am 20. November morgens hatte ich in Delhi die Gedächtnisorte für Nehru und Gandhi besucht. Die weiße Residenz inmitten eines »englischen« Parks so voller Andenken an den ersten Premier Indiens. Ein Wohnzimmer, eingerichtet, als würde jederzeit wieder jemand darin Platz nehmen, Blumensträuße auf den Tischen, die Korridore voller Bücherregale (Sartre, Camus, Graham Greene). Selbst das Schlafzimmer ist zu besichtigen, das auch das Sterbezimmer ist.

»Hier finden wir den Geist unseres Landes«, erklärt mir ein alter Herr, der mich beim Studieren der Briefe an den Vater – in einem Englisch, wie es heute Tony Blair spricht – beobachtet hat. »Den Geist und den Schmerz«, fügt er hinzu, »denken Sie an die Teilung unseres Landes. Wissen Sie, dass der pakistanische Präsident in Delhi geboren ist – und unser Premierminister in Islamabad?«

Drei Straßenzüge weiter ein anderes britisches Herrenhaus hinter einer langen Mauer, an der Dutzende Rikschas und Fahrräder stehen. Durch ein schmales Portal geht es auf das Grundstück, das einem Wallfahrtsort gleicht. Ein kleiner Anbau des Haupthauses ist das Ziel: ein vielleicht acht Quadratmeter großes Zimmer. Von hier aus hat Mahatma Gandhi im Winter 1947/48 versucht, das neue unabhängige Indien aus einer Orgie der Gewalt zu Gewaltlosigkeit und Demokratie zu überreden. Er hatte nur Worte – richtete sie an alle und jeden, die zuhören wollten. Der kleine Raum am Ende des kolonialen Prunksitzes war das Gehäuse dieser einmaligen Kampagne, der Ort, von dem alles ausging, der Ort, zu dem alle kamen. Es ist heute noch alles so, wie es damals war: die Baumwollspindel, die Brille, die Bleistifte, der große Sonnenhut, ein Lager am Boden, zwei Leinensäcke als Kopfstützen... unaufhörlich schieben sich die Besucher durch den winzigen Raum. Es gibt eine Tür, die ins Freie führt. Durch sie ist Gandhi jeden Tag gegangen, um draußen mit den Menschen zu sprechen und zu beten – so auch am 30. Januar 1948 zum letzten Mal. Ein paar Meter vom Haus entfernt, inmitten einer unüberschaubaren Menschenmenge schoss der Attentäter.

Die Menschen heute scheinen jeden Meter dieses Ortes abzugehen, jeden Zentimeter abzutasten. Viele weinen. Junge Frauen erklären, »wie es damals war«, und es erscheint so gegenwärtig, dass ich – die Besucherin aus einer anderen Welt, die als zwölfjähriges Mädchen 1948 die Film-Bilder dieses mageren, alten Mannes gar nicht verstanden hat –, dass ich das Gefühl nicht loswerde: Gandhi lebt, sein im 20. Jahrhundert einmaliger Appell an Frieden und Humanität ist nicht vergessen – und wie sehr tut das not.

Luc Jochimsen war im November 2007 als Mitglied einer Bundestagsdelegation in Delhi, Kalkutta und Bombay, um Politiker, Parlamentarier und Verleger zu treffen.



Polizeieinsatz am 21. November in Kalkutta

### Westbengalen und die Kommunisten

Seit 1977 regiert die *Kommunistische Partei Indiens* (Marxist), abgekürzt CPI (M), diesen Bundesstaat an der Grenze zu Bangladesch mit derzeit 85 Millionen Einwohnern. Keine andere Region der Erde wird länger von einer demokratisch gewählten kommunistischen Partei regiert. Auch hat niemand in Indien selbst einen Staat über einen größeren Zeitraum hinweg geführt als Jyoti Basu – der Chef-Minister Westbengalens zwischen 1977 und 2001. Angesichts der Kurzlebigkeit vieler Staatsregierungen in Indien ein seltenes Phänomen.

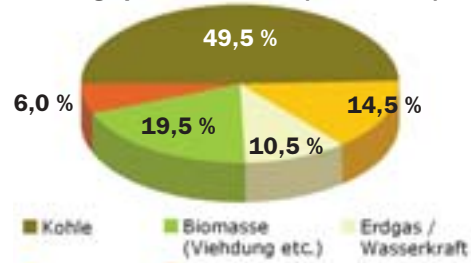
Dabei regiert die CPI (M) bereits seit mehreren Wahlperioden im Verbund mit einer *Linksfront*, der die *Kommunistische Partei Indiens* (CPI), die *Revolutionäre Sozialistische Partei* (RSP) und der *Vorwärts-Block* (FB) angehören. Die anderen relevanten Parteien Westbengalens in Opposition zur Linksfront sind der *Indian National Congress* (INC) und der *Trinamul Congress*.

Seit Ende der neunziger Jahre tendiert die Politik der Linksfront mehr und mehr dazu, Sonderwirtschaftszonen in Westbengalen einzurichten, in denen ausländisches Kapital gün-

stige Anlagemöglichkeiten findet, und sich damit einer Strategie der Kongresspartei anzunähern, die Indien nach dem Beispiel Chinas in die Weltwirtschaft zu integrieren sucht. Bereits Jyoti Basu hatte als Regierungschef das Terrain für neoliberale Wirtschaftsreformen bereitet, die letzten Endes auch Hintergrund für die Polizeiaktionen und Zusammenstöße in Nandigram (s. oben) waren.

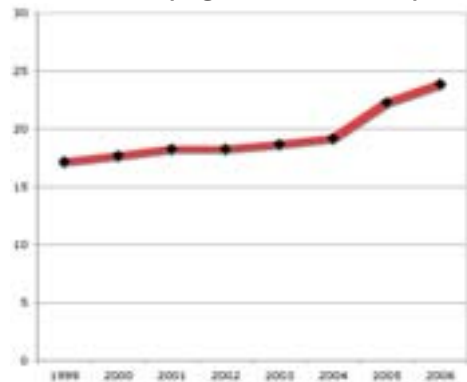
Über die Wirtschaftspolitik in Westbengalen gibt es keinen fundamentalen Dissens zwischen der CPI (M) und der CPI. Zur Aufspaltung der indischen Kommunisten in diese beiden Parteien, die bis heute zu den nur sechs gesamtstaatlichen Parteien Indiens gehören, kam es bereits 1964 wegen innerparteilicher Differenzen über die Haltung zum indisch-chinesischen Grenzkrieg zwei Jahre zuvor. Die spätere CPI(M) sympathisierte mit China, während die CPI eher einem national-kommunistischen Kurs folgte. Die explizit maoistischen Kräfte verließen 1969 die CPI(M) und sammelten sich als *Naxaliten* in neuen Organisationen. Spätestens seit dem Ende des Kalten Krieges und den Marktformen in China haben die ideologischen Unterschiede zwischen CPI (M) und CPI an Bedeutung verloren. Seither wird immer wieder einmal über die mögliche Rückkehr zu einer Partei verhandelt.

### Kernenergie und nationale Energieproduktion 2006 (Anteile in %)



(\*) Indien verfügt derzeit über 15 Kernreaktoren, acht weitere sind im Bau. Der gegenwärtige Energiebedarf von 560 KWh pro Einwohner gehört zu den niedrigsten der Welt.

### Indiens Militärbudget seit 1999 (Angaben in Mrd. Dollar)



Quelle: SIPRI

### Nuklearpotenzial für die Armee Indiens

Truppenstärke insgesamt	1,3 Millionen Mann
Reservisten	800.000
Paramilitärische Einheiten	1,1 Millionen
Kampfpanzer	3.464
Kampfflugzeuge	775
Kriegsschiffe und U-Boote	21 / 16
Nuklearsprengköpfe	100
Kurzstreckenraketen Prithvi-3	Reichweite 350 bis 400 km
Mittelstreckenrakete Agni III	Reichweite 4.000 km